

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat ist 10 Pf. (halbjährlich 1 RM). Durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-21. Geschäftsführer und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeg. Sammelnummer 14191 / Postredaktion Dresden Nr. 13558. Emil Schlegel. Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Herausgeg.: Amm Dresden Nr. 17259 / Direktionsschreiber: "Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Weidenweg 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Sonnabend)

870

870

2. Jahrgang

Montag, den 11. Oktober 1926

Nummer 226

Arbeiter und Sonntagswoche

Die Sozialdemokratische Partei veröffentlicht am Sonnabend einen Aufruf an die Wählerschaft, in der sie neben ihrer Stellung zu den Dreikündigwangen die fühende Behauptung aufstellt, die KPD sei die einzige Partei, die die Arbeiterschaften vertreten habe, die KPD habe sich zur Vertretung der Arbeiterschaften als "unfähig" erwiesen. Man muss zugeben, dass die KPD nicht gleich zu Anfang den Mund sehr voll hat. Sie unterstellt es, eine Beweisführung für ihre Behauptung anzutreten. Wir aber werden darauf mit einigen Klägerleistungen antworten. Die Hauptfrage ist: steht man im Lager der Arbeiter, oder steht man den Kapitalisten? Sicherlich gilt es auch die wesentliche Frage zu stellen: Wie führt die Partei den außerparlamentarischen Kampf? Auf die Haltung zu einigen Entwicklungen im Parlament kommt es dabei nicht an, sondern darauf, ob man für die Durchführung seiner aufgestellten Forderungen die Massen mobilisiert, ob man zum mindesten den Bereich dazu gemacht hat. Hier aber enthalten sich die Sozialdemokraten sofort in ihrem Aufruf. Die von der KPD organisierten Konferenzen der Erwerbslosen, der Beziehungslosen, die Versammlung des Kongresses der Werktagen werden verschoben und verspätet. Damit zeigt die SPD deutlich genug selber an, dass sie einen ernsten Kampf gegen die Kapitalisten nicht will, doch nur Scheinmänner macht.

Wenn Karl Marx geschrieben, dass die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, dann hat er damit nicht die Befreiung im Parlament, sondern die proletarische Massenbewegung gemeint. Nur durch die Massenbewegung werden die Kapitalisten besiegt werden. Das Parlament ist dabei ein Mittel zum Zweck, die Massen aufzulösen, die Grenzen der überparteilichen Demokratie zu zeigen, die Massen an den Beispiele des Klassencharakters des Staates zu zeigen und so zur Befreiung der kapitalistischen Herrschaft zu mobilisieren.

Wo hat sich die SPD als die "einzige" Partei des Kampfes gegen das Bürgeramt bewährt? Gerade als die Frage der Massenbewegung am entscheidendsten stand, 1923 zum Einmarsch des Reichsmarsches, da lehnten die Sozialdemokraten einen Aufmarsch der Massen ab. Heßlich und Blechmann bildeten eine Regierung von General Müllers und der Demokraten Gnaden, sie verhinderten den Generalstreik. Es ist notwendig, immer wieder an diese Dinge zu erinnern.

Die Front der Arbeiter richtet sich bei den Landtagswahlen gegen die Klassenfeinde des Proletariats. Offen und für jeden Arbeiter ersichtlich sind das die bürgerlichen Parteien. Zwischen den getrennt auftretenden Gruppen der Bürgerlichen in Sachsen gibt es keine tiefergehenden Meinungsverschiedenheiten. Die bürgerlichen Demokraten sind eine reaktionäre erbärmliche Gesellschaft, die in allen Fragen auf Seiten des äußersten Arbeitersfeinde steht. Die Deutschnationalen vertreten den agrarischen Flügel der Bourgeoisie, sie passen sich aber den Bedürfnissen der Industriellen an. Auf der letzten Tagung der Industriellen hatten die Deutschnationalen die Führung. Dieser Verband führte einen tödlichen Kampf gegen die Arbeiterschaften.

Der Verband wendete sich gegen die Sozialfürsorge. Am 10. März 1926 erklärte der Syndikus Dr. Mätz, der Reichstag habe eine halbe Milliarde für sozialpolitische Aufgaben befreit, ohne vorher die Industriellen zu befragen, ob sie diese Zahlen tragen können.

Der Verband der Industriellen wendete sich gegen die Renten, gegen Sozialpolitik und gegen den Arbeitsschutztag, dafür verlangte er aber eine Herabsetzung der Röhne und den Raum des Wahlrechts.

Der Verband der ländlichen Industriellen war es, der am ersten nach dem Reichswahltag schrieb. In einer Denkschrift wird das Werk des Verbandes für den Reichswahlkampf wie folgt geschildert. "Der Verband hat daher, wie er auch schon jetzt die bürgerliche Regierung geprängt hat, diesem Zustand ein Ende zu bereiten, um für das Eingreifen des Reiches eingesetzt." Dazu hörte der Industriellenverband ununterbrochen gegen die Wahrung des Belagerungszustandes.

Die bürgerlichen Parteien führen geschlossen einen Kampf gegen die Amnestie, sie verteidigen die Klassenjustiz, das Verbot in den Gefangenissen, die schlechte Behandlung der Gefangenen. Die bürgerlichen Parteien lehnen jede Erhöhung der Erwerbslosenhilfe, jede Sonderunterstützung für die Gewerkschaften ab. Sie forderten das rücksichtlose Einsetzen der Polizei gegen die Erwerbslosen. Dort, wo die KPD keinerlei Mithilfe für die Arbeitenden forderte, standen die bürgerlichen Parteien dagegen.

Wo die KPD eine Milderung der Mietzinsteuer, eine Erhöhung der Steigergrenze für Kleingewerbetreibende und Kleinbauern forderte, wurde sie von den bürgerlichen niedergestimmt. Die Bürgerfront gegen die Minderbemittelten stand in Sachsen immer geschlossen. Diese Parteien marschierten jetzt auf und verluden die Arbeiter, Kleinbauern und Mittelständler zu schwaden. Da sie kein Plus aus ihrer Tätigkeit mitbrachten, malten sie den Teufel an die Wand und schufen im Choros: "Nis wieder Sonnenfachsen". Damit soll der Spieß geschreddert werden, man will dem indifferenten Wähler nicht machen.

Die Arbeiter werden aber auf dieses Gelächter nicht hereinfallen, sie werden den bürgerlichen Parteien die Rechnung rückholen ausgleichen.

Mit diesen Bürgerlichen in engerer Gemeinschaft führen die 23 sozialdemokratischen Rechten die Politik zur Niedermutterung und Abschaffung der Arbeiter durch. Der Großindustrie, Obergeschäftsmaier Niethammer, begrüßte im Januar 1924 die damals 25, indem er erklärte:

"Wir haben 25 Sozialdemokraten uns zu gemeinsamer Arbeit bis zum Untergang gesetzt, so trifft das Wort zu: 'Es wird kein im Himmel über leben Büttigern'." Dieser Kapitalist verspottete die Sozialen, jedoch lobte nach zweijähriger Tätigkeit der Held-Krieg die "Sozialstimme", das Organ der Volkspartei;

Wer ehrlich sein will, muss bekennen, dass der Mann, dessen Name das heilige Kabinett trägt, eine so deutsche Politik treibt, wie es ein Deutschnationaler nicht besser tun könnte."

Was hat diese Regierung und die diese Regierung stützende Mehrheit alles fertiggebracht? Sie hat in den Staatsbetrieben eine geradezu rücksichtlose und brutale Ausbeuterpolitik durchgesetzt.

Die Arbeitsleistungen wurden gewaltig heraufgezerrt, die Belegschaften aber abgebaut: Nur ein paar Jahren mögen das beweisen. In Jauerode wurden 1921: 1462 Arbeiter beschäftigt, die Aktienförderung betrug 235 159 Tonnen. Im Jahre 1923 war die Aktienfördung 1099 Mann, die Förderung 184 668 Tonnen. Während diese also pro Mann 1921: 161,5 Tonnen betrug, war sie im Jahre 1925 pro Mann 167,8 Tonnen. Wie auf diesem Werk ging es überall. Der Stich der Beamten wurde aber nicht abgebaut. Dafür wurde aber der Arbeitsschutztag aufgehoben. Als die Arbeiter gegen dieses Vorgehen in den Streik traten, wurden die Betriebsräte und ein Teil der Arbeiter brutal entlassen. In Jauerode wurden 60 Mann herausgeworfen, in anderen Werken noch mehr. Nach Hirschfeld schidte die Regierung 800 Mann 250 Mann Technische Ressorts, um den Streik niedergeschlagen. Als in Halsbrücke die Arbeiter für die Zahlung des Tariflohns streitten, schidte man 800 Mann, Landespolizei und Teno nach dort. 117 Arbeiter wurden gemachtlos. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Artikels auf alle Toten der Regierung einzugehen. Jedoch zeigen schon diese Beispiele, wie die Regierung den Kapitalistischen durch ihre Vorgehenden Weg schneidet.

Hingewiesen sei hier auch noch auf die Politik gegen die Erwerbslosen und auf die Verschlechterung der Gemeindereform. Die Dreikündigwangen waren die typischen Anhänger der Unternehmenspolitik.

Wo aber standen bei allen Auseinandersetzungen die "Linen"? Als die brutale Unternehmenspolitik in den Staatsbetrieben durchgeführt wurde, waren die "Linen" noch in einer

Faktion mit den Dreikündigwangen. Gegen die Verlängerung des Arbeitstags kassierte die KPD einen Antrag, in Saarbrücken und in den Braunkohlenwerken den Arbeitsschutztag aufrecht zu erhalten. Die gesamte SPD lehnte den Antrag über Jauerode ab. Galt die Entwicklung der Erwerbslosen zwang sie, bei dem Antrag über die Braunkohlenwerke anders zu stimmen.

Als die KPD im März und Mai 1924 die Wiederaufstellung der gemischten Betriebsräte verlangte, wurde auch dies von den sogenannten "Linen" mit den Bürgerlichen gemeinsam abgelehnt. Hier zeigt sich also schon, wie die "Linen" die Interessen der Arbeiter vertraten. Als im Mai 1924 die Bergwerksbesitzer von Augau-Delsenz die Arbeiter aussperrten, verlangten die Kommunisten, die Gemeinden sollten die Arbeiter unterstützen. Auch diese Forderung wurde von den "Linen" mit abgelehnt.

Eine andere Taktik wurde von den "Linen" bei der Bevölkerung der Verschlechterung der Gemeindereform angewendet. Die dort angewandte Taktik haben die "Linen" dann für die Zukunft im wesentlichen beibehalten. Sie leben, dass sie von den Arbeitern für ihre Ablehnung lebenswichtlicher Forderungen stark angefeindet würden. Bei der Gemeindereform gingen die "Linen" zu einem "Angriff" gegen die Verschlechterung über. Die Kommunistische Partei forderte, dass man nicht parlamentarische Mandate mache, sondern dass man außerparlamentarisch den Kampf führe, Volksversammlungen einberufe, in den Gemeinderäten, den Gewerkschaften Stellung nehmre. Doch man vor allen Dingen die Gelegenheit nütze, um in den Gewerkschaften die Positionen der Rechten zu bestimmen. Gegen die Verschlechterung der Löhn vorher ungünstigen Gemeindewahl konnten und musste der heftige Sturm entzündet werden.

Die "Linen" traten dann auch mit einer besonderen Erklärung heraus, in der sie den außerparlamentarischen Kampf ankündigen. Als sie jedoch aufgefordert wurden, bis zu führen, lehnten sie das entschieden ab und lobierten die Massenmobilisation.

Zeigen die oben angeführten Beispiele, wie die "Linen" ledig im Parlament nicht einmal den notwendigen Forderungen zustimmen, so das leichte Beispiel die unter dem Druck der Arbeiter angenommene Betriebsprüfung.

Je höher der Druck der Arbeiter einsiegt, je zudresser die Arbeiter werden, um so wortkräftiger wurden die "Linen" kämpfen. Praktisch verhinderten die "Linen" jeden Kampf. Aber schon die oben angeführten Tatsachen zeigen, wie die einzige wahre Arbeiterschaft durch die "Linen" auszieht. Wir werden in den nächsten Tagen weitere Aufsätze folgen lassen. Über schon diese wenigen Tatsachen zeigen, dass die "Linen" in den wesentlichen Fragen auf der Seite des Bürgerblods stehen, doch sie geben keinen Kampf verhindern. Daraus ergibt sich: Kampf gegen den Bürgerblod, das bedeutet die Arbeiterschaftung ihrer Helfer, der "Linen" KPD-Führer.

Der Diener seines Königs

Sindenburg war informiert

Berlin, 11. Oktober. (Eigener Bericht.) Die 3. R. Korrespondenz, die sich in letzter Zeit über reaktionäre Regierungsumtriebe als ausgesprochen unzureichend erweisen hat, verbreitet folgende Meldung:

In den Kreisen der Regierung und Verhältnisse, und zwar der höchsten Stellen im Reich und in Preußen, werden in der hektischsten Form Behauptungen weitergegeben, die die Umstände, die zur Entlassung des Generals von Seeckt geführt haben, ganz eigenartig gelagert erscheinen lassen.

Danach habe der General von Seeckt zwar den Reichswehrminister Wehler über die kurzfristige Dienstleistung des präsumtiven Thronprätendenten nicht unterrichtet, sei aber unter voller Kenntnis und Willigung des Reichspräsidenten von Hindenburg erfolgt.

General von Seeckt habe sich durch die Billigung des Reichspräsidenten, der als Oberbefehlshaber des Reichsheeres nach Artikel 47 der Verfassung sein höchstes Vorgesetztes ist, absolut gefüllt fühlen müssen. In dieser bestimmten und selbstverständlichen Gewissheit sei der General von Seeckt nun aufsatzbereit geläufig worden.

Es wird abzuwarten sein, in wie weit sich die Meldung dieser Korrespondenz, die mit ihrer Mitteilung über den Eintritt des Kronprinzenlodens in die Reichswehr bisher trotz aller Debatte nichts bestanden hat, als richtig erweist. Der einzige Gehör unter diesen Ministerialitäten die Monarchen in der Reichswehr ungefähr ihr Unwesen treiben konnten, der wieder von der Schwarzen Reichswehr noch von den konträren konträren revolutionären Umtrieben in dieser "republikanischen" Garde jemals eine Ahnung hatte, ist angeblich auch diesmal nicht informiert. Der "republikanische" Hindenburg hat also nicht nur Kenntnis gehabt, sondern hat den Eintritt des Kronprinzen-Johannes gebilligt und damit den monarchischen Einfluss in der Reichswehr geleistet. Den Hohenlohem wird also in der "republikanischen" Reichswehr nicht nur Belohnung gegeben, ihre Positionen zu festigen, sondern die Republik gibt ihnen die Gelegenheit, zu lernen, wie man Krieg und Bürgerkrieg führt. Die Arbeiter wissen nun, dass die legitime Truppe der Republik auch dann geschlagen wird, wenn man den Inhalt einschüchtern versucht. Als erster Schritt auf diesem Wege mag der getriggerte Kämpfer durchaus anerkannt werden.

Zburg steht, ist tolleran gegen die Monarchen, - die Arbeiter aber können verhungern und der monarchistische Spuk wird nicht eher aufhören, so lange die Arbeiter nicht endgültig damit Schluss machen und die monarchistische Republik durch die Republik abhören.

Heine, der bisherige Reichswehrkommandeur in Ostpreußen,

lebt an monarchistischer Gefinnung seinem Vorgänger nicht nach. Heine hat unter Wilhelm II. an der Aussetzung der Hetzerop in Südmäkritz als Generalstabsoffizier teilgenommen. Im Weltkrieg war er erst im Osten bei der Heeresgruppe Woyrsch, dann im Westen Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Ulrichsberg. Württemberg, und schließlich in der Obersten Heeresleitung. Heine gehört der Hindenburg-Clique an. Nach 1918 hielt er die Arbeiterschaft in Ostpreußen und Schlesien nieder und zeichnete sich als Organisator der "Grenzverteidigung" im Osten aus.

Reise, der Nachfolger Seests

Zum Chef des Heeresleitung ist Generalleutnant Heine, bis jetzt Kommandeur der 1. Division und Befehlshaber im Wehrkreis I, ernannt worden.

Heine, der bisherige Reichswehrkommandeur in Ostpreußen, lebt an monarchistischer Gefinnung seinem Vorgänger nicht nach. Heine hat unter Wilhelm II. an der Aussetzung der Hetzerop in Südmäkritz als Generalstabsoffizier teilgenommen. Im Weltkrieg war er erst im Osten bei der Heeresgruppe Woyrsch, dann im Westen Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Ulrichsberg. Württemberg, und schließlich in der Obersten Heeresleitung. Heine gehört der Hindenburg-Clique an. Nach 1918 hielt er die Arbeiterschaft in Ostpreußen und Schlesien nieder und zeichnete sich als Organisator der "Grenzverteidigung" im Osten aus.

Verjährung des Reichsbanners mit den Faschisten

Berlin, 11. Oktober. (Eigener Bericht.) Der völkische Graf Reventlow steht vor der Ortsgruppe Boizenburg des Reichskammer-Schwarz-Rot-Bund ein politisches Relekt zu dem ausgesprochenen Zweck, die Vereinigung des Reichsbanners mit dem monarchistischen Wehrverbünden zu fordern. Der demokratische "Berliner Börsenkurier" schreibt dazu, darauf hinweisend: Wenn irgend etwas gesagt ist, die Schärfe des politischen Kampfes in Deutschland, die alle bedauern, zu mildern, so ist es eine Parteiausprache, bei der die Überzeugung des Sogenannten auch dann geachtet wird, wenn man den Inhalt einschüchtern versucht. Als erster Schritt auf diesem Wege mag der getriggerte Kämpfer durchaus anerkannt werden.

Müll für Koalitionspolitik

Bündnis gegen die Arbeiter

Reichsstaatsrat Marx hat in Essen in einer von dem berühmten Heimadolf einberufenen Kundgebung eine große Rede für die "Volk und Gemeindewirtschaft" gehalten. Marx, der über die Arbeitsbeschaffung sprach, erklärte nur, daß die Ausgaben hoch seien, daß zwar ein Hafttag gebraucht werde, der Ausgaben für Erwerbslosenhilfe, für das Arbeitsbeschaffungsprogramm, für Wohnungsbau und Dienstleistung enthalte. Doch erklärte der Kanzler, daß alle Erwerbslosen nicht geholfen werden können. Was mit diesen — und nach den Erfahrungen ist das der größte Teil — geheime soll, verschwieg der Ruheder-Max Schumacher. Dafür erzählte er, daß die Zahl der Erwerbslosen um 24 Millionen herabgegangen sei. Dabei verjüngte er wieder schamhaft, daß die Zahl der Ausgeteuerten vom 1. zum 2. Quartal so katastrophal gestiegen ist, daß wir teilweise eine Steigerung von 9 Prozent auf 40 Prozent haben.

Doch der Sinn der Rede wird deutlicher, wenn wir nicht das nehmen, was Marx über die "Arbeitsbeschaffung", sondern was er über die "Barmilie" sagte. Er begann seine Rede damit, daß die Politisierung der Massen weit vorgeschritten sei. Selbstverständlich begrüßte er das als guten Zentrumsmarsch, pardon, Demozart. Jedoch: "Aber diese Politisierung dirigiert gewisse Gefahren in sich, wenn sie nicht die Pflege der Volksgemeinschaft enthält." Das heißt also, eine kapitalistische Politik darf von den Massen betrieben werden, dann wird die Politisierung begrenzt.

Herr Marx ist für die "Volksgemeinschaft". Er erklärt: "Es ist das beständige Verdienst der Reichsregierung für Heimatdienst, daß sie in diesem Sinne wirkt."

Der Gedanke einer Volksgemeinschaft erfährt heute nicht mehr die Achtung wie vor Jahren, als ich sie als das erstrebenswerte Ziel hinstellte.

Selbst auf die Gefahr hin, auch heute noch einer Kritik zu begegnen, spricht er nun unumwunden aus, daß das Ziel, das ganze Volk in allen seinen Klassen für die Arbeit des Aufbaus und Dienstes am Vaterlande zu gewinnen, mir das höchste zu sein scheint, das sich eine ihrer höheren Verantwortung bewußte Regierung stellen kann.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen Dr. Silverbergs auf der Dresdner Tagung des Reichsverbandes der Deutschen

Industrie fuhr der Kanzler weiter aus,

wenn Dr. Silverberg auch keine allgemeine Zustimmung fand, so hat sich doch gezeigt, daß in immer weiteren Kreisen der Arbeitgeber diese Gedanken Mallong sind.

Wer von der Notwendigkeit eines eintägigen Handels- und Arbeitszeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht überzeugt ist, von Arbeitgebern soziale Bemühung und vom Arbeitnehmer wirtschaftliches Verständnis verlangt, wer von beiden erwartet, daß sie ohne Einschränkung den Staat, wie er heute ist, anerkennen und an seiner Entwicklung mitarbeiten."

Dann lädt der Kanzler die SPD zur Regierungsbeteiligung mit ein. Er weiß dieses "weitergehende Verständnis" der Arbeiter für die kapitalistische Wirtschaft kann er den Proleten nur durch die SPD-Führer einimpfen. Deswegen führt er aus:

"Ich habe es nie bedauert, daß kürzlich wiederum das Wort gefallen ist, es könne in Deutschland nur ohne, nur gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Das wäre eine Politik, zu der ich mich niemals bekannte und niemals bekannt werden werde."

Gleich darauf entnahm Marx mit erfreulicher Offenheit, weshalb die Kapitalisten jetzt nach der Koalition schreien:

"Wir brauchen alle Kräfte, die gewollt sind, zur produktiven Mitarbeit, nur so werden wir die schwierigen Aufgaben lösen, vor die wir im kommenden Winter gestellt werden."

Die SPD wird zu ihrer traditionellen Arbeit zur Riedehaltung und Verhinderung der Massen gerufen. Denn den Erwerbslosen kann man nicht allen helfen.

Marx sagt uns damit nichts Neues, auch das, was er über die internationale Verständigung sprach, sind die Kamellen, auf die niemand hereinfällt. Die SPD-Führergruppe wird dem Ruf der Industriellen gerne folgen wollen. Die Arbeiter aber haben von dieser Gemeinschaft nichts anderes zu erwarten. Als neue Unterdrückung und Hunger. Sie müssen wieder "Volksgemeinschaft" die Front der arbeitenden Massen gegenüberstellen. Die Antwort der Arbeiter muß sein: Die Bekämpfung des Kongresses der Werkstätten.

Die Landtags- und Gemeindewahlen und die Aufgaben des RSB

Von Kurt Stein, Gauführer des RSB Sachsen.

Am Sonntag, den 31. Oktober findet in Sachsen die Landtagswahl und am 14. November die Gemeindewahl statt. Die Wahlen müssen geführt werden unter der Parole im Landtagswahlkampf für ein

Notes Arbeiter-Sachsen
und die Wahlen in den Gemeindeparlamenten für
Notes Arbeiter-Gemeinden.

Die gegnerischen Organisationen, vereinigt in den VBW, haben allen bürgerlichen Parteien ihre Unterstützung im Kampf gegen die Arbeiterschaft abgesagt. Tatsächlich gehen diese Verbände jetzt schon darüber, mit allen nur irgend erdenklichen Mitteln die Straße zurückzuerobern. Bei dieser Arbeit sind sie sich der Unterstützung der staatlichen Polizei unter der Obhut des Innenministers Müller sicher. Ein Beispiel dafür ist, daß die sozialistischen Verbände es wagen, in den ausgeprochenen Arbeitervierteln Plakatwerke abzuhalten und Demonstrationen durchzuführen. Ja, sie gehen sogar noch weiter und veranstalten große öffentliche Versammlungen in den Arbeiterzentren. Dabei werden sie natürlich beschlagnahmt und bemüht von der Polizei, die von den Steuergroßen der Arbeitenden bezahlt und ausgebildet wird, und die gegen die Arbeiterschaft, die das Auftreten dieser Verbände verhindert, mit den brutalsten Mitteln vorgeht.

Das Reichsbanner, die Schützenkompanie der Republikaner, steht dem Aufstehen der Faschisten hilflos zu. Dies ist absolut nicht verwunderlich, wenn man feststellen muß, daß die Führung des Reichsbanners an die Führung der Wehrverbände herantreibt und Arbeitsgemeinschaften bildet und Burschenschaften schlägt. Damit nur die Arbeiter im RSB nicht wütten, ist ihnen der Eintritt in die staatliche Hilfsorganisation, ja sogar in die Reichswehr zugestanden worden. Der Zweck dieser Gesellschaft ist ja offensichtlich: Die RSB-Arbeiter werden von ihren eventuell auftauchenden Klassenkampfgedanken abgedrängt und dadurch als Objekte im Kampf gegen die Arbeiterschaft für die Interessen der Kapitalisten benutzt.

Was haben wir als Note Frontkämpfer im Wahlkampf zu tun?

Genau so, wie die faschistischen Wehrverbände sich für die bürgerlichen Parteien einsetzen und wie das Reichsbanner für die republikanischen — dazu gehört in erster Linie die SPD — müssen wir als Note Frontkämpfer die Partei, die stets für die Interessen des wehrhaften Sozies sich eingesetzt hat, die RSB, tatkräftig unterstützen. Es ist Pflicht eines jeden Notes Front-

kämpfers, sich sowohl an der Sitzungssitzung zur Führung des Wahlkampfes, als auch an der Landtagswahl mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräfte restlos zu beteiligen. Gerade unter der Landarbeiterchaft und den Kleinbauern gibt es noch sehr viel Aufstärkungswille zu leisten. Des Weiteren muß jeder Note Frontkämpfer zum Flugblattlagen und Tragen sich restlos zur Verfügung stellen.

Aut dann, wenn jeder Kamerad sich der großen Sache: Erringung einer Arbeiterschaft in den Parlamenten, bewußt ist und sich zu allen Arbeiten, zu denen die Gauführung auffordert, stellt und es an Auflösung nicht fehlen läßt, wird es möglich sein, die Parole zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Ein Notes Arbeiter-Sachsen!

Die Dresdner Freidenker für den Kongreß der Werkstätten

Die am Sonnabend tagende gutbesuchte, von allen Gruppen Groß-Dresdens besuchte Werkstättenkonferenz der Gemeinde- und proletarischen Freidenker befürgte sich mit dem Kongreß der Werkstätten und beschloß mit circa 80 gegen 3 Stimmen den Kongreß mit 2 Delegierten zu besetzen.

Arbeiter der Betriebe, folgt diesem Beispiel, wählt Delegierte.

Für den Kongreß der Werkstätten

Am Donnerstag, den 7. Oktober fand nach Schluß der Arbeit in Demitz bei Bischofswerda, einer der größten Industriestädte des Steinkohlenverbandes, eine oppositionelle Steinkohlenarbeiterversammlung statt. Die Versammlung nahm einstimmig bei Anwesenheit von einem großen Teile sozialdemokratischer Funktionäre, die eindeutig gegen ihre Verbandsleitung Stellung nahmen, noch einem Referat des Genossen Gabel, Dresden, folgende Resolution an:

Resolution

Die Nationalisierung offenbart sich immer eindrücklicher als die größte, bruttlose und gefährlichste Offensive der Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft.

Die Sitzungssitzung wurde aus dem Saal des "Sächsischen Arbeiter-Zentralvereins" in der Leipziger Straße 10 abgehalten. Der Vorsitzende der Versammlung, Herr Dr. H. L. Klemm, eröffnete die Sitzung mit einer kurzen Ansprache, in der er die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe ermunterte, sich an der Sitzungssitzung zu beteiligen.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der Vorsitzende erinnerte an die Arbeiterschaften der verschiedenen Betriebe, die sich an der Sitzungssitzung beteiligt hatten.

Der

Stimmen und Stimmzettel

Der englische Arbeitstrotz und die Erhöhung der konservativen Machstellung — Nach Abschluß des Eisenbahnvertrags — Was wird aus Thoits? — Chamberlain-Varieté — Besprechungen — Seestadt und die deutsche Außenpolitik — Der polnisch-rumänische Militärvertrag.

A. R. Der Klassenkampf der englischen Bergarbeiter hat eben jetzt eine völlige Umschichtung der innerpolitischen Kräfte, eben jetzt eine soziale Verhältnisse. In England ist die zahlenmäßige Verbündetheit des Proletariats über alle anderen Schichten so groß, daß eine bürgerliche Regierung bei den Parlamentswahlen nur mit Hilfe von Millionen von Arbeiternstimmen siegen kann. Als die Baldwin-Regierung zur Macht kam, hat die konservative Partei nicht nur die erdrückende Mehrheit der Bourgeoisie und der Mittelschichten hinter sich gehabt, sondern Millionen von Arbeitern müssen damals konservativ gewählt haben. Im ersten Jahr war es ja der raffiniertere Schwund des Sinowajew-Friedens, der die konservativen Wahlmänner für sich ausnutzen. Aber jetzt haben sich Millionen von zielstrebigen Arbeitern für Baldwin entschieden, weil er ihnen den Arbeitertrotz, die Sicherheit und Ordnung und einen beschleunigten Aufstieg zu versprechen scheint. Dieser ganze Widerstand, von einer geschilderten Pressemesse zum das Haupt des Herren Baldwin gelegt wurde, ist verblüffend. Im letzten Monat des Bergarbeiterkrieges in England auch selbst der zielstrebige Arbeiter, der Baldwin und die Konservativen seine Feinde sind. Überzeugt war dafür das legitime Manöver der Regierung in der Frage des Landesvertrages für den Bergbau. Während Baldwin sich auf Urlaub befindet, spielt der Minister Churchill ein passendes Spiel mit den Unparteiischen. Die Zechenbesitzer wollen von einem Landesvertrag mit den Bergarbeitern nichts wissen. Sie wollen höchstens bis lokalen Abmachungen in den einzelnen Zechen abschließen, um so die Arbeiterschaft zu zerstreuen und den Bergarbeiterkrieg zu verschließen. Churchill setzt sich mit großer Wucht für den einheitlichen Landesvertrag ein und droht sogar mit der Anwendung der Machtmittel der Regierung gegen die sozialistischen Zechenbesitzer. Aber das war nur ein Schauspiel. Eine Kapitalistischen-Regierung kann niemals ernsthaft gegen die Kapitalisten selbst kämpfen. Baldwin lehrt zurück, wie Herr Churchill in die Ecke und verfluchtet, doch ein Zwang gegen die Zechenbesitzer vollkommen unmöglich sei. Wer noch die Zechen besitzt, hat sie jetzt empfangen. Vor dem englischen Konservativerkrieg steht die Baldwin-Regierung als Führer des Zechenbesitzers da. Zwischen machen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs immer stärker bemerkbar. Der Winter zieht und die Masse des Volkes sieht das Gespenst der Kohleknappheit auf sich kommen. Die Massen sind davon überzeugt, daß die finanzielle Situation durch die Brutalität der Zechenbesitzer und der konservativen Machthaber geschaffen ist. Würden jetzt in England Neuwahlen stattfinden, so würde die konservative Regierung weggeschlagen werden. In absehbarer Zeit wird die Arbeiterschaft wieder ans Ruder kommen. Das englische Proletariat wird dabei Gelegenheit haben, sich die Illusion der parlementarischen Arbeitersregierung ebenso abgewöhnen, wie es bereits die Illusion von dem „gerachten und arbeiterfreundlichen“ äußerlichen Parteien ausgegeben hat.

Die außenpolitischen Sorgen der englischen Konservativen sind durch den eindrücklichen Abschluß des Eisenbahnvertrags zwischen Frankreich, Luxemburg und Belgien gelöst worden. Die englische Sabotage, die mit Hilfe bestreuerter belgischer Firmen gelöst wurde, hat den Abschluß zwar wochenlang hingezogen, aber nicht verzögert. Der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Schwerindustrie hat zwar in Amerika feinerlei Reaktionen erzeugt, den die amerikanische Eisenindustrie legt auf den europäischen Markt wenig Gewicht, und darüber hinaus sinkt die amerikanische Stahlindustrie stark, doch ihm ein-

deutsch-französischer Zusammenschluß nicht imponiert. Für die Engländer hingegen ist ein solcher Zusammenschluß der Eisenindustrie des Proletariats über alle anderen Schichten so groß, daß eine bürgerliche Regierung bei den Parlamentswahlen nur mit Hilfe von Millionen von Arbeiternstimmen siegen kann. Als die Baldwin-Regierung zur Macht kam, hat die konservative Partei nicht nur die erdrückende Mehrheit der Bourgeoisie und der Mittelschichten hinter sich gehabt, sondern Millionen von Arbeitern müssen damals konservativ gewählt haben. Im ersten Jahr war es ja der raffinierteren Schwund des Sinowajew-Friedens, der die konservativen Wahlmänner für sich ausnutzen. Aber jetzt haben sich Millionen von zielstrebigen Arbeitern für Baldwin entschieden, weil er ihnen den Arbeitertrotz, die Sicherheit und Ordnung und einen beschleunigten Aufstieg zu versprechen scheint. Dieser ganze Widerstand, von einer geschilderten Pressemesse zum das Haupt des Herren Baldwin gelegt wurde, ist verblüffend. Im letzten Monat des Bergarbeiterkrieges in England auch selbst der zielstrebige Arbeiter, der Baldwin und die Konservativen seine Feinde sind. Überzeugt war dafür das legitime Manöver der Regierung in der Frage des Landesvertrages für den Bergbau. Während Baldwin sich auf Urlaub befindet, spielt der Minister Churchill ein passendes Spiel mit den Unparteiischen. Die Zechenbesitzer wollen von einem Landesvertrag mit den Bergarbeitern nichts wissen. Sie wollen höchstens bis lokalen Abmachungen in den einzelnen Zechen abschließen, um so die Arbeiterschaft zu zerstreuen und den Bergarbeiterkrieg zu verschließen. Churchill setzt sich mit großer Wucht für den einheitlichen Landesvertrag ein und droht sogar mit der Anwendung der Machtmittel der Regierung gegen die sozialistischen Zechenbesitzer. Aber das war nur ein Schauspiel. Eine Kapitalistischen-Regierung kann niemals ernsthaft gegen die Kapitalisten selbst kämpfen. Baldwin lehrt zurück, wie Herr Churchill in die Ecke und verfluchtet, doch ein Zwang gegen die Zechenbesitzer vollkommen unmöglich sei. Wer noch die Zechen besitzt, hat sie jetzt empfangen. Vor dem englischen Konservativerkrieg steht die Baldwin-Regierung als Führer des Zechenbesitzers da. Zwischen machen sich die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs immer stärker bemerkbar. Der Winter zieht und die Masse des Volkes sieht das Gespenst der Kohleknappheit auf sich kommen. Die Massen sind davon überzeugt, daß die finanzielle Situation durch die Brutalität der Zechenbesitzer und der konservativen Machthaber geschaffen ist. Würden jetzt in England Neuwahlen stattfinden, so würde die konservative Regierung weggeschlagen werden. In absehbarer Zeit wird die Arbeiterschaft wieder ans Ruder kommen. Das englische Proletariat wird dabei Gelegenheit haben, sich die Illusion der parlementarischen Arbeitersregierung ebenso abgewöhnen, wie es bereits die Illusion von dem „gerachten und arbeiterfreundlichen“ äußerlichen Parteien ausgegeben hat.

Der Rücktritt des Generals von Seestadt wird im Ausland außerordentlich stark beachtet. In der Tat sind es wohl in erster Linie außenpolitische Gründe, die zu dem Kommandowechsel in der Reichswehr führen. Die deutsche Republik ist doch sonst nicht empfänglich, daß für die Manöver-Taten eines Hohenzollern-Generals General von Seestadt zum Opfer gebracht wird. In Wirklichkeit paßt Herr von Seestadt nicht zu dem System deutscher Außenpolitik das durch Locarno und Genf charakterisiert wird. Seestadt ist zwar ein faustdicker Antisowjet, aber zur selben Zeit unbedeutender Gegner von Frankreich und vor allem von Polen. Stresemanns neuer Kurs der vollenständigen Westorientierung und der deutsch-polnischen Zusammenarbeit fand in Herrn von Seestadt den einflussreichsten Gegner. Seestadt muß jetzt gehen, damit das Geschäft mit Pilsudski ungehört gemacht werden kann. Von einem Siege der „Republik“ ist dabei wirklich nicht zu reden. Die Kriegspläne der Pilsudski-Regierung sind durch die Veröffentlichung des polnisch-rumänischen Geheimvertrages aus für den entblößt worden, der bisher die Wirklichkeit nicht sehen wollte. Nicht einmal die internationale sozialdemokratische Presse kann es jetzt wagen, vor der Friederichstadt Pilsudski zu rufen. Das polnisch-rumänische Militär-Bündnis gegen die Sowjet-Regierung findet nicht nur die Sympathien Englands, sondern Frankreich ist durch die alibefeuerten Verbündeten ebenfalls an Pilsudski und Averescu gebunden. Selbst ein so vorstötiges und gut orientiertes Blatt wie der „Manchester Guardian“ heißt seit, daß das polnisch-rumänische Militärabkommen eine akute Kriegsgefahr in Ost-Europa bedeute. Um so mehr soll die Arbeiterschaft sich durch das Völkerbundsgesetz nicht irren lassen, sondern alle Kräfte einsetzen, um die neue Gefährdung Sowjet-

reihen nach 112 Mark auf anzusehen, um sie nach England zu schicken.“ Wir glauben gern, daß die Erkenntnis von der internationalen proletarischen Solidarität nicht in den Kopf des Unparteiischenkomitees unserer „Tante“ hineingehen will. Juwohl für die Kinder der Streitenden im Enland geben die ausgesprochenen Arbeitnehmer in Deutschland noch immer so viel Geld, wie es nur möglich ist, und die Kinder der deutschen Arbeitnehmer werden für ihre englischen Klassengenossen. Das ist etwas, was ich aller Niederlagen, ironischer Berücksichtigungen und Entschuldigungen die Arbeiterschaft immer wieder zu einer für das Vaterland furchtbaren Flucht werden läßt. Diese Solidarität ist es auch, die früher oder später die deutschen Arbeitnehmer den kommenden Kämpfen nicht verlassen wird. Doch dies den Herren vom „Vorauer Anzeiger“ eine Gütekracht über den Rücken laufen läßt, glauben wir fern. Nur eins noch sei vorzugeben, daß nämlich der gleiche „Vorauer Anzeiger“, der sich über die Sammlungen für die Streitenden Bergarbeiter aufregt, am eifrigsten mit Propaganda gemacht hat für das lästige Böllenkoppler, das nur dazu diente, um den Hurten der Weizner und Konkurrenten angenehme Tage zu verschaffen. Die Vorauer Arbeiter haben das nicht vergessen. Das sollte sich der „Anzeiger“ merken.

Schmiedeberg. Vor dichtgedrängtem Saal sprach hier der ehemalige katholische Geistliche Joseph Papert in einem feierlichen Vortrag über seinen Weg vom Geistlichen zum Freidenker. In glänzender Weise verstand er es, den Zuhörern die Verdienstlichkeit des kirchlichen Einflusses zu verdeutlichen. Da Papert auf Grund seiner Praxis hauptsächlich sich auf die Tätigkeit der katholischen Kirche stützte, glaubte der erschienene evangelische Pastor, Herr Müller, es sich leicht machen zu können, indem er die Vergehen der katholischen Kirche ebenfalls einer Kritik unterwarf und die evangelische herauszustellen versuchte. Daß er betonte, sich über das Auftreten von Kämpfern zu freuen, muß der Arbeiterschaft beachtet werden. Der hingeworfene Heidehandschuh wird aufgegriffen werden müssen. Die Arbeiterschaft muß in aller Deftigkeit die Fragen des Kampfes gegen die Kirche aufstellen. Nur ist es nötig, daß unsere Arbeiterschaft mehr als es bisher gehabt, bei den künftigen Aussiedlerungen auf der Basis des historischen Materialismus und vom Standpunkt des Klassenkampfes aus die Diskussion führt. Nicht nur Kampf gegen Rom sondern Kampf gegen jede Böllerkopplung, das muß die Parole der Arbeiter sein. — Wie uns vom Arbeitersparteikreis mitgeteilt wird, hat der Arbeitersparteikreis einen Anfangskursus eingerichtet, der bereits gestern begonnen hat. Interessanten können sich jederzeit noch im Restaurant „Zur Schulung“ Baumeister Straße melden. Da die Unterrichtsstunden sehr gering sind, wird es jedem Arbeiter möglich sein, an diesem Kursus teilzunehmen.

Weihen. Durch Einbau von 12 Staufenbabyschalen hat das städtische Rathaus an der Talstraße eine wesentliche Erweiterung erfahren. Jede Zelle ist verschließbar. Es können Personen beliebig gleichzeitig baden. Das Bad ist werktags von mittwochs 9 bis abends 7 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von mittwochs 9 bis 11 Uhr geöffnet. Dauerduer 20 Minuten. Der Babypreis beträgt 20 Pf.

Großberg. Große Freude herrscht bei unseren Spiechern. In großen Zetteln wird den erstaunten Leuten der bürgerlichen Presse mitgeteilt: Das albelannte Bahnhofshotel Karlsruhe ist umgebaut und unter Teilnahme der Behörden neu eröffnet. So verhindert es der nationale „Freiburger Anzeiger“, so jubelt auch die republikanische Volkszeitung, die noch beledertes Bild zum finanziellen Erfolg wünscht. Ob die Volkszeitung diese Tage neuwirkt wegen des des der Gelegenheit gebührend schwärzmeißteten Banners, aber ohne republikanische Göttin bringt, müssen wir zwar nicht, müssen es aber auf Grund der Tatsachen annehmen. Die Frage der Hotelöffnung interessiert uns nicht besonders. Über eine Frage möchten wir dem Rat vorlegen: Seit wann ist es üblich, daß in Stadtteilen, wo die ganze Gegend mit Vögeln beobachtet, ist, um ein einzelner von diesem Bauplan abweichen darf, ja sogar über die Bürgerbaumaßnahmen hinausbauen kann? Uns ist bekannt, daß der Einzelhaber das abhängt. Innerhalb der Baustrecke eine Neuerdachung des Einganges vorzunehmen. Das wurde seitens vom Rat abgesagt. Wie kommt es nun, daß das Rathotel ohne jeden Einspruch des Rates sogar die Straßenmauerlinie nicht zu beachten braucht? Nicht der Rat auch hier mit zweiter Staf?

Genossen! Erfüllt ihr eure Pflicht?

Habt Ihr mit den Vorarbeiten zur Gewinnung neuer Leser für unsere „Arbeiterstimme“ begonnen?
Habt Ihr eure Agitationsmaterialien, wie Handketteln, Ringblätter und Plakate, bezogen?
Habt Ihr mit den Geschäftsräumen, mit denen Ihr möglichst zu tun habt, über eine Inschrift in unserer Zeitung gesprochen?

Gesetzt an die Arbeit! Jeder einzelne sei ein Werber für unsere „Arbeiterstimme“!

Rundfunk

Montag, den 11. Oktober

- 3 Uhr: Lettor Mann und Studentrat Kriebel: Englisch für Anfänger.
- 3.30—4 Uhr: Lettor Mann und Studentrat Kriebel: Englisch für Fortgeschritten.
- 4.30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresdner Rundfunkorchesters. Dirigent: Gustav Agunis.
- 6.30—7 Uhr: Kunsthoch. Schachmeister R. Max Blümich: „Kriminalist“ der Sieger von Dresden und Hannover.
- 7.15—7.45 Uhr: Hans Schomburg: „Abenteuer im dunklen Afrika.“
- 7.45—8.15 Uhr: Reg. Amtmann Schäfer vom Landesamt für Arbeitsvermittlung: „Der Arbeitsmarkt: Das Element seiner Bewegung und die Arbeitsmarktpolitik.“
- 8.15 Uhr: Wettervorauslage.
- 8.30—10 Uhr: Reg. Amtmann Schäfer vom Landesamt für Arbeitsvermittlung: „Der Arbeitsmarkt: Das Element seiner Bewegung und die Arbeitsmarktpolitik.“
- 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 10.15—12 Uhr: Tanzmusik. Hardy-Neumann-Orchester.

Dienstag, den 12. Oktober:

- 3 Uhr: C. W. Alfer und Arti von Emmer: Spanisch.
- 3.30 Uhr: Prof. Dr. Edmund Weiß: „Die Tuberkulose im Schulalter.“
- 4.30—5 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber.
- 5.30—7 Uhr: Vorsprechen aus den Neuerhebungen auf dem Büchermarsch.
- 7.15—7.45 Uhr: Geh. Justizrat H. Wolke, Ministerialrat im Just. Min. Dresden: „Vom kommenden Strafrecht.“ 1. Vortrag: „Rechtssoziologischer Überblick.“
- 7.45—8.15 Uhr: Vortragsserie: „Die Kunst des Sprechens.“ 4. Vortrag: Prof. Adolf Winds: „Sprachgeschichtliches, Siegfriedrede.“
- 8.15 Uhr: Wettervorauslage.
- 9.30 Uhr: Ludwig Hardt rezitiert (unter Mitwirkung des Leipziger Rundfunkorchesters). Dirigent Alfred Simon.
- 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- Anschließend: Deutsche Tänze. Leipziger Rundfunkorchester unter Mitwirkung von Bertold Weilmann (Sopran). Dirigent Dr. G. A. Duse.

**GEGEN
DEH
BÜRGERBLOCKI**
**FÜR
DAS ROTE SACHSEN!**
GROSS-ZILLE-SCHLICHTER

am 11. Oktober 1926 stattfindenden Wahlen zum Landtag für Sachsen aufgestellte Wahlzettel sind bis einschließlich 17. Oktober 1926, und zwar für die Stadtteil Heidenau, Milgen, Chemnitz im Rathaus Zimmer 18 und für den Stadtteil Zschöbelitz in der Wohnung des Gemeinderates a. D. Chemnitz werktags von 7.30 bis 1 Uhr vorne, und Sonntags von 11 bis 12 Uhr einzusehen. — Eintritte gegen die Wahlzettel oder Wahlzettelglieder zu Preise von 10 Pfennigen sind während

Zentrale Bekanntmachungen

Brand-Gräbsdorf

Mahnung und Verhandlungsschreiben 1926

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung an der Wohlfahrt im Gräbsdorfer Rathaus werden die liegenden Haushalter und -Vertreter aufgefordert, die richtige und vollständig ausgestatteten Wohnungs- und Betriebsstättenanträgen an folgenden Tagen in der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags im Polizeiamt einzugeben, und zwar:

Einstellung A:
am 21. Oktober 1926 von Nr. 1-80
• 22. • • 81-100
• 23. • • 101-150
• 24. • • 151-175
• 25. • • 176-201 D.

Einstellung B:
am 28. Oktober 1926 von Nr. 1-85
• 26. • • 86-120
• 27. • • 121-159

Brand-Gräbsdorf, am 6. Oktober 1926.
Der Stadtrat.

(Trotz)

Wegen Wiederholung der Gräbsdorfer Straße zwischen der Mies- und Richard-Wagner-Straße bleibt dieser Teil ab Dienstag-

tag, den 13. Oktober, 1926 gesperrt. Der Fahrverkehr wird auf die Mies- und Richard-Wagner-Straße verweisen.
Rat der Stadt Gräbsdorf, am 9. Oktober 1926.

Defficitliche Sitzung

der Stadtpersonenbahn zu Gräbsdorf, Sonnabend, den 14. Oktober 1926, abends 7 Uhr, im Rathaus.

Gräbsdorf, am 8. Oktober 1926.

Der Stadtratsordnungsbeamte.

Arbeits-Bekleidung

I. Maurer, Zimmerer,
Fischer, Schlosser
usw. billiger

Textil-Haus

Liliengasse 13, I
- auch Teilzahlung -
Wiederverkäufer, beste
Einkaufsquellen

Tymians

Täglich

Das Thalia- 8 Uhr einziges Theater wirkliche Volkstheater-Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Theater am Wasaplatz

Montag, den 11. Oktober, 8 Uhr
Gottspiel im Wasaplatz-Theater, Ostra-Strasse

Preciosa

Schauspiel von Frau Else Wolff

Stadt von C. W. von Weber

Diabolo, 12. bis Sonntag, 17. Oktober, täglich

Kasernenluft

+ 20% vom Brutto und Schmuck

Heinrich Fr. Hofmann

Colonialwaren- und Gemüsehandlung

(Mitglied der G. D. G. R. 24)

Schäferstr. 47 Fernnr. 28000

Bettfedern-Dampf-Reinigung

übernimmt unter Garantie für saubere und langlebige Bettwäsche

Dampf-Dampf-Zentrale Marg. Schöffer, Dresden

Görlitzerstr. 19 Tel. 12575

All Lebensmittel
Mineral-
wasser
billig
Zigaretten,
Zigaretten,
Rauchtabak

Hauswald
Pirna
am Markt

E Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte E

Johannes Beyer

Blasewitzer Str. 42 - Telefon 32280
Perle-Damen-, Herren- u. Kinder-
wäsche, Inlett u. Bettfedern 21242

Nähmaschinen und Fahrräder

Auf Wunsch Lieferung 21246

NÄPFA, Nähmaschinen- u. Fahrrad-
Vertriebsgesellschaft m. b. H. Weltmeister 30

Brauerei Umlaufhof

Brauerei-Ausleihof

- Borsigliches -
Münchner und Helles
Billnitzer Straße 6 21232

JOHANNSTADT

Walther Kluth

Haus- und Küchengeräte, Eisen- und
Stahlwaren, Werkzeuge Blumenstr. 19

Lebensprodukte und Schwefelsäurehersteller
Paul Lahn, Plattenhäuserstr. 60 21247

Max Kauli, Fleischermstr.

Edelschloss, Zeile Winterstraße,
21243

PAUL MOTZ, Fabrikator, Nähmaschinen,
Reparaturwerkstatt, zulässig, Schweißerei

Leder-Ausschnitte 21250
Schuhmac er-Artikel
billiges Preis bei hoher Qualität
Fritz Hammel: Edelschloss 6

Fleißbäckerei Friedrich Ohme
Plattenhäuser Str. 64 21249

Haus- u. Küchengeräte
Ostar Steinhardt
Bönischplatz 8 21247 Tel. 12570

NEUGERSDORF

Heinrich Schuster

Spezialhaus für
Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung
Umstellung nach J. Rob
Große moderne Geschäfte
Danziger Billigste Preise

Neugersdorfer Lichtspiele

Hirsch - Lichtspiele

Seifhennersdorf

Erstklass. Programme, Int. W. Größe

Hommels Schokoladenhaus

21255. Max Ecke Albert- u. Rosenthal.
Kaffee frisch geröstet, Kaffee ausgewählte Sorten

Central-Drogerie

Rudolf Schirmer 21255 Tel. 2428

Alwin Dutschke

Nachl., Erich Krapatow
Karo-, Weiß-, Wollwaren, Tricotagen, Hosen,
Hosen, Kleider für Haus und Straße. 21254

Restaurant Ruhbaum

Bringt alles Partyspezialitäten seine Lokalitäten
in einspi., Erholung, Familie Harz 21256

GR.-Z-SCHACHWITZ

BIERGROSSHANDLUNG

MAX ZSCHOKE

Tel. Niedersedlitz 2885 Zschachwitz Simonstraße 18

empfiehlt seine ältesten, ältesten von den ersten Brauereien

Dresden, in jedem Punkt in Flaschen sowie in Fässer

DRESDEN-A.

Trinkt einheimische Erzeugnisse Dresdner Felsenkeller Pilsner

CENTRAL-

THEATER

Täglich

GROSSE VORSTELLUNG

Alles Nützlich siehe Abschlagkatalog

TUNNEL

Täglich

UNTERHALTUNGS-KONZERT

mit humoristischen Einlagen

DREMA A.-G.

DRESDEN

WÜRZBURGER STR. 9

Milch
Molkerei-
produkte

Sonstige
Lebens-
mittel

G. Zanneberger

Schiffsgasse 18 21262

Gezogene Blech- und Zinnwaren

Feste Fleisch- und Wurstwaren

Zollhaus Geflügel 21266

Emil Kästner, Christianstraße 26

Hermann Danck

Friedrich-Luitpold-Nachl.

Fabrikation

feiner Fleisch- und Wurstwaren

People 28 21245

Max Augst

Gr. Brüder-
gasse 27

Wurstfabrik 21251

Spez. Wiener und Altdutsche Würschen

DOELTZSCHE

Warum kauft Ihr auswärtige Margarine?

Verlangt überall die am Platz frisch gekrümelten

Sternring-Marken

Bramsch-Korn

Bramsch-Liföre

Verkaufsstellen:

In Dresden:

Rieder, Rehling, Wilsdruffer Str. 40

Johann-Rentsch, Friedr.straße 52

Max Herzog, Kehlendorfer Str. 19

In Meißen:

Raul Siebler, Kleingasse 4 21228

RESERVIERT

Radio-Haus Barde

Große Lager in Apparaten
und Zubehör

Reichenbachstr. 2, Ecke Brüder-Gasse

Heinrich Fuhrmann

Spezialgeschäft f. Wand- u. Sportartikel

Neumarkt 11 21245

Droger, Lack-, Farben-Zentrale

Große Brüdergasse 18 21250 Tel. 12565

Restaurant Wusch

empfiehlt: Kegelbahn, Eis-Hauslichkeit

Kl. Plauensche Str. 60 21245

Fahrräder, Zubehör, Erstausstattung

Max Hering, Ostra-Allee 18 21254

STRIESEN

Oskar Kluge

Fleischermeister, Zinnwalder Str. 9

TRACHTENHERGE

Haus- und Küchengeräte

Verlosungsgegenstände 21250

Walther Steinhardt

Trachtenberater Str. 25 Ecke Großhesseler

BAUTZEN

Garderoben auf Zeitung

Halm & Zeller 21245

Fleisch- Wurst-Ausschnitt-Beschaff

Ernst Wagner

Kühlerstraße 2 21240

RESERVIERT

Ostar Voigt

empfiehlt eine Weiß- und Gelbsünder

HAUEN

kaufen reale Spülgeräte, Leinen, Metall-Ver-
arbeitungen neu, bei Frau Wagner, Vor d. Schä